Interviews

Informationen am Morgen

Datum 8.11.2023, 6:50 Uhr

Nach von der Leyens Besuch in Kiew - Wann soll und kann die Ukraine in die EU?

Interview mit Michael Gahler, EVP-Außenpolitiker und Ukraine-Berichterstatter im Europaparlament

Jasper Barenberg: Mitgehört hat der CDU-Politiker Michael Gahler, der außenpolitische Sprecher der EVP im Europaparlament. Schönen guten Morgen.

Michael Gahler: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Gahler, die europäische Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen – wir haben sie gerade gehört – hat die Fortschritte der Ukraine geradezu überschwänglich gelobt. Ist das Land jetzt reif für diesen wichtigen nächsten Schritt, die Beitrittsverhandlungen?

Gahler: Die Entwicklung innerhalb der Ukraine, trotz des von Russland aufgezwungenen Krieges, ist wirklich beeindruckend. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass letztlich seit 2014, wo der Krieg ja begonnen hat und wo aber auch die Reformanstrengungen begonnen haben, das Land einen weiten Weg im positiven Sinne zurückgelegt hat. Was die wichtigen Punkte betrifft, die immer hervorgehoben werden, zum Beispiel bei der Korruptionsbekämpfung, bei der Herbeiführung der Rechtsstaatlichkeit, da sind enorme Fortschritte erzielt worden. Unter dem Druck des russischen Angriffskrieges ist, wie es beschrieben worden ist, das Gegenteil erreicht worden. Russland versucht, das Land von Europa zu entfernen, und es hat sich im Gegenzug dazu in Windeseile Richtung Europa entwickelt und wird ja auch deswegen angegriffen. Wir haben festzustellen, dass das Land in der Verfassung, in der es sich im Augenblick befindet, Beeindruckendes geleistet hat und deswegen sollte das auch klar heute in dem Bericht zum Ausdruck kommen. Wir haben auch als Europäisches Parlament mit ganz deutlicher und großer Mehrheit diesen Schritt befürwortet, dass die Beitrittsverhandlungen in diesem Jahr eröffnet werden können.

Barenberg: Nun hat Ursula von der Leyen ja auch zu erkennen gegeben, es gibt Dinge, die noch nicht erfüllt sind, unter den Bedingungen, die dafür notwendig sind. Warum sollte man die Verhandlungen jetzt trotzdem beginnen? Die Vereinbarung ist doch immer, erst wenn alle Bedingungen erfüllt sind kann es losgehen. So ist das Verfahren.

Gahler: Wir müssen auch ein ganz deutliches politisches Signal geben, vor allen Dingen Richtung Moskau, dass dieses Land sich unwiderruflich auf den europäischen Weg gemacht hat. Es wird kein Zurück in den Gulag geben. Es wird kein Zurück in eine Zeit geben, wo das Land in einer Grauzone gelebt hat. Die Ukrainer haben mit zwei Revolutionen 2004 und jetzt auch 214 bereits zum Ausdruck gebracht, wo sie hingehören wollen. Es ist die Erwartung auch der Bürgerinnen und Bürger des Landes gegenüber der Regierung, diesen Weg uneingeschränkt und ohne Vorbehalte fortzusetzen. Wie gesagt, wir brauchen jetzt dieses Signal, damit in Moskau in keiner Weise der Eindruck entsteht, wir würden es nicht ernstmeinen.

Barenberg: Das ist, wenn ich Sie richtig verstehe, neben anderen Dingen eine politische Entscheidung, die möglicherweise auch darüber hinwegsehen kann, dass noch nicht alle Bedingungen erfüllt sind? Oder, wie es unser Korrespondent formuliert hat: Man kann und muss da Fünfe auch mal gerade sein lassen?

Gahler: Wenn das Land eines Tages innerhalb der Europäischen Union ist, dann muss alles erfüllt sein. Wir haben auch beim Beginn der Beitrittsverhandlungen von anderen Ländern im Vorfeld diese Erfüllung noch nicht gehabt und es hat dort immer Verhandlungen gegeben, bis wann es zu erfüllen ist. Es wird Übergangsfristen geben im Interesse von EU-Mitgliedsstaaten, aber auch im Interesse der Ukraine. Aber jetzt muss das politische Signal gegeben werden, es geht nicht darum, dass das Land innerhalb der nächsten ein, zwei Jahre beitritt, sondern dass der Weg unwiderruflich ist und der Weg auch fortgesetzt wird.

Barenberg: EU-Ratspräsident Charles Michel hat mal zu erkennen gegeben, er hält einen Beitritt bis 2030 für machbar. Sind Sie da an seiner Seite?

Gahler: Ich möchte mich jetzt auf konkrete Zeithorizonte nicht einlassen. Das kann man nicht ausschließen. Man weiß aber nicht, wie sich das tatsächlich entwickelt. Ich würde es dem Land wünschen, aber wir haben in der Vergangenheit mit Jahreszahlen, die wir festgelegt haben, unabhängig von Erfüllung von Kriterien, keine guten Erfahrungen gemacht. Es kommt jetzt erst mal darauf an, dass wir diesen Startschuss geben und das Land weiter arbeitet, und dann schauen wir, wie weit wir da kommen.

Barenberg: Sie haben angedeutet, das ist die Position der Mehrheit im Europäischen Parlament. Wie sieht es im Europäischen Rat, wie sieht es im Kreis der Mitgliedsstaaten aus? Ist es richtig, dass da ein einstimmiges Votum mit Blick auf den EU-Gipfel im Dezember im Moment noch geradezu ausgeschlossen ist?

Gahler: Wir brauchen ein einstimmiges Votum und ich denke, es sind sich alle Mitgliedsstaaten der geopolitischen Herausforderungen bewusst. Wir haben dort einen aggressiven Kriegsverbrecher, der das Land heim ins Reich holen will, und er hat davon nichts aufgegeben, und es ist eine systemische Auseinandersetzung, die eigentlich auch uns gilt, unserer Art zu leben. Diese Herausforderung werden wir nur bestehen, wenn wir diese klaren Signale setzen. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass auch Dinge, die zum Beispiel ein Land wie Ungarn beschweren – da geht es um die Unterrichtssprache in der ungarischen Minderheit in Transkarpatien -, dass wir das in einer Form lösen können, dass das jedenfalls nicht als Vorwand genutzt werden kann, um diesen Beginn zu hintertreiben.

Barenberg: Es könnte darauf hinauslaufen, dass mit der Ukraine ein Land in die Europäische Union aufgenommen wird, in dem es noch Konflikte gibt über Grenzen. Wäre das für Sie okay? Wären Sie damit einverstanden?

Gahler: Es gibt keine Konflikte über Grenzen. Das Territorium der Ukraine, was völkerrechtlich anerkannt ist, ist eindeutig definiert und es kommt jetzt darauf an, die Ukraine auch in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Territorium zu befreien. Dazu fordere ich alle Beteiligten auf, nicht nur, solange es erforderlich ist, sondern alles das, was geht, auch zu liefern, damit die russische Aggression hinter ihre eigenen Grenzen, auf ihre eigenen Grenzen zurückgeführt werden kann.

Barenberg: Andere sind skeptisch, dass die Ukraine bereit ist, und sagen aber auch, die Europäische Union ist selber nicht bereit für eine weitere Erweiterungsrunde. Da sind ja auch andere Länder im Spiel. Was muss die Europäische Union noch selber tun, damit es eine Erweiterungsrunde über die Ukraine hinaus geben kann?

Gahler: Sie muss den politischen Willen aufbringen, zum einen das, was bereits im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist, sogenannte Passerelle-Klauseln, Übergangsklauseln, übergehend von der Einstimmigkeit in die qualifizierte Mehrheit im Ministerrat. Es geht da nur um den Rat, um die Fähigkeit, im Ministerrat Entscheidungen zu treffen. Da ist einiges bereits jetzt möglich im Rahmen der bestehenden Verträge. Das Parlament debattiert aber auch gerade darüber, dass wir wieder die Forderungen stellen sollten, einen Konvent für einen neuen Vertrag aufzulegen. Aber es ist auch gleichzeitig so, dass ein Land wie die Ukraine ganz deutlichmacht, ja, wir wissen, ihr habt hier Probleme und befürchtet, dass wir hier noch einen Beitrag leisten, weitere Blockaden durch Vetos zu erheben. In der Ukraine wird durchaus ernsthaft diskutiert zu sagen, wir können auch auf dieses Veto verzichten, auch mit dem Beitrittsvertrag, und ich würde mir sogar wünschen, dass bestehende Mitgliedsverträge

formell sich dazu bereiterklären, auf Vetos im Bereich der Außenpolitik zum Beispiel zu verzichten, um diesem Argument entgegenzutreten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.